

## Früher bereits brutal zugeschlagen

Zeugen schildern im Totschlagsprozess gegen einen 54-jährigen Iraker die Situation des Opfers

Von Andrea Krenz

MAINZ. Morgens sei sie häufiger zum Kaffeetrinken zur Nachbarin im fünften Stock des Mehrfamilienhauses in der Neustadt gegangen. Wie eine 37-jährige syrische Zeugin im Totschlagsprozess vor dem Mainzer Schwurgericht erzählte, habe die irakische Mutter und Hausfrau sicher sein können, dass die Kinder und der Ehemann dann außer Haus waren und nichts von den heimlichen Besuchen mitbekamen. Im August 2023 musste sie im Alter von 47 Jahren sterben, weil sie eine an den Sohn gerichtete Frage des Vaters beantwortet haben soll. Als die Kinder nachmittags nicht zu Hause waren, erdrosselte der 54-Jährige seine Frau mit einer Mullbinde. Die Frau konnte reanimiert werden, erlangte das Bewusstsein aber nicht wieder und verstarb einige Zeit später im Krankenhaus.

„Sie hatte große Angst, sie wurde vom Mann geschlagen, sie durfte nicht telefonieren und die Wohnung nur für Arztbesuche verlassen.“

Zeugin vor Gericht

„Sie hatte große Angst, sie wurde vom Mann geschlagen, sie durfte nicht telefonieren und die Wohnung nur für Arztbesuche verlassen“, erinnerte sich die Zeugin an die Erzählungen der später Getöteten. Und daran, dass sie die 47-Jährige fragte, weshalb sie sich nicht wehre. Die Zeugin habe der Frau erklärt: „In Syrien darf der Mann seine Frau nicht schlagen, sie darf sich an Gesprächen beteiligen und auch ihre Meinung sagen.“ Doch dazu habe die Irakerin den Kopf geschüttelt: Sie sei schon als junge Braut geschlagen worden, im Irak müsste eine Frau gehorchen. Sie müsse alles akzeptieren und sich dem Mann unterwerfen. Mache sie „Fehler“, wurde sie geschlagen. 2017 derart heftig, dass sie für längere Zeit in die Klinik musste. Was ge-

nau damals passiert war, dazu hatte das Opfer ihrer Nachbarin berichtet, sie könne sich nicht erinnern. Sie wisse nur noch, dass sie die Tochter gegen 22 Uhr ins Bett schicken wollte. Damals war die Nachbarin mit ihrem Mann nach unten in den vierten Stock geeilt, weil sie Lärm von dort gehört hatten. Der jetzt Angeklagte habe die Tür geöffnet, ein zerbrochener Tisch lag im Wohnzimmer, seine Frau war auf dem Sofa, sie blutete stark im Gesicht. Der Ehemann habe sehr besorgt gewirkt.

Sohn plante, sich eine Waffe zu besorgen

Ähnlich soll es gewesen sein, nachdem er die 47-Jährige im August erdrosselt hatte. Er hatte die Rettung alarmiert, seinen Notruf von damals hatte das Gericht im Sitzungssaal abgespielt. „Ich habe meine Frau getötet“, hatte er geweint und geschrien, immer wieder. „Helfen Sie mir, helfen Sie!“. Als Polizei und Sanitäter in der Wohnung eintrafen, versuchte er gerade, seine Frau zu reanimieren, das war schließlich dem Notarzt gelungen.

Anders als zunächst angenommen, haben die Kinder doch eine Aussage als Zeugen gemacht. Einer der Söhne soll laut Nebenklage-Anwälten über zweieinhalb Stunden über das Familienleben, seine Mutter und seinen Vater erzählt haben. Die Söhne waren damals gerade heimgekommen, als die Polizei ihren Vater abführen wollte. Sie sollen sofort gewusst haben, dass er ihrer Mutter etwas angetan habe. Einer habe die Dienstpistole eines Polizisten greifen wollen, das habe man laut Aussage von Polizisten verhindern können, indem die Söhne zu Boden gebracht und fixiert wurden. Der Jugendliche hatte erklärt, er habe schon länger überlegt, sich eine Waffe zu besorgen, weil der Vater die Mutter ständig geschlagen habe. Es hatte verschiedene Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Körperverletzung gegen den 54-Jährigen gegeben, zuletzt war er zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Der Prozess wird fortgesetzt.



450 Menschen versammelten sich auf dem Bahnhofplatz.

Foto: Tim Würz

## Neues Bündnis demonstriert

Verdi und Fridays for Future: Für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV und Klimaschutz

Von Vanessa Felix Arroja

MAINZ. Einen öffentlichen Personennahverkehr, der nicht nur klimagerecht, sondern auch sozialgerecht ist – das fordern die Teilnehmenden der Kundgebung am Freitag auf dem Bahnhofplatz in Mainz. Während des andauernden ÖPNV-Streiks versammelten sich dort rund 450 Menschen unter dem Motto „WirFahrenZusammen“, darunter Mitglieder von Fridays for Future (FFF), Verdi und Beschäftigte des ÖPNV. Eine von ihnen ist die Straßenbahnfahrerin Sarah. Mit ihrem Kollegen Akin Turbay, Busfahrer in Mainz, steht sie an diesem Tag auf der Bühne. Beide berichten über ihren Alltag: lange Arbeitszeiten, wenig Ruhezeiten, teils aggressive Fahrgäste und Verantwortung für eliche Menschen. „Wir müssen alles sehen und reagieren, pausenlos“, sagt Sarah. Ihr Arbeitgeber würde wollen, dass sie noch mehr arbeiten. „Aber wir müssen weniger arbei-

ten, wir brauchen Ruhe, damit es mehr Sicherheit und weniger Unfälle geben kann“, ruft die Straßenbahnfahrerin in die Menge. Sarah und ihre Kollegen wollen keine Unsummen verdienen, nur genug, um zu leben, so die 44-Jährige. „Und wir leben nicht, um zu arbeiten“, sagt sie zum Schluss. Die Menge klatscht.

80.000 Busfahrer und Straßenbahnfahrer weniger

Wie ernst die Lage ist, bringt Marco Bärtschneider, Verdi-Gewerkschaftsleiter für Rheinland-Pfalz und Saarland, zum Ausdruck. „Bis 2030 verlieren wir rentenbedingt 80.000 Beschäftigte im ÖPNV“, sagt er. Wegen der unattraktiven Arbeitsbedingungen komme kaum Nachwuchs hinterher. Um die Bedingungen zu verbessern, fordert die Gewerkschaft 500 Euro mehr Lohn pro Monat sowie eine Einmalzahlung von 1000 Euro an alle Mitarbeiter.

Außerdem fordern die Beschäftigten und Verdi vom Bund jährlich 16 Milliarden Euro mehr Investitionen in den ÖPNV. Das „historischen Bündnis“ aus Aktivisten und Beschäftigten wolle an die politischen Verantwortlichen appellieren und sie vor den Gefahren der aktuellen Sparpolitik warnen, sagt FFF-Sprecher Andreas Gieringer. Neben der Aktion in Mainz fanden am Freitag bundesweit in elf weiteren Städten Demos dieser Art statt.

„Mit den neuen Bündnispartnern wollen wir zeigen, dass die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz gemeinsam behandelt werden kann“, erklärt der Sprecher die offenbar neue Strategie der Gruppe. Auch wenn ursprünglich 2000 Teilnehmer für die Demo angemeldet waren, zieht Gieringer eine positive Bilanz: „Heute kam es nicht auf die Anzahl an, sondern darauf, wer da war.“ Denn das Bündnis habe das Potenzial, mehr Druck auszuüben, um so die

gemeinsamen Ziele – Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit – zu erreichen.

Seitens der Politik zeigte sich lediglich die rheinlandpfälzische Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) bei der Kundgebung auf der Bühne. Dort betont sie: Sie unterstütze zwar die Forderungen des Bündnisses, wolle trotzdem nicht „das Blaue vom Himmel versprechen“ – schließlich seien die finanziellen Mittel vom Bund nicht erhöht, sondern gekürzt worden. „Aber die Landesregierung kämpft weiter“, sagt die Ministerin.

Auf Eders Rede reagieren die FFF-Aktivisten skeptisch. Die Politik habe die Aktivisten bereits in der Vergangenheit im Stich gelassen, sagt Sprecher Andreas Gieringer. Zudem habe Eder in ihrer Rede vor allem die Verantwortung zu anderen geschoben. „Wir freuen uns zwar, dass sie hinter unseren Forderungen steht, aber wir verlassen uns nicht drauf“, so Gieringer.

— AUF EINEN BLICK —

## Busse statt Bahnen nach Hechtsheim

MAINZ (red). Im Rahmen des Straßenbahnausbauprojekts starten die ersten Vorbereitungsarbeiten für den ab Sommer geplanten Ausbau der Straßenbahnlinien für den ab Binger Straße, informiert die Mainzer Mobilität. So würden unter anderem in der kommenden Woche die vorhandenen Wandanker geprüft.

In den zwei Nächten von Mittwoch, 6., bis Freitag, 8. März, kommt es zu Einschränkungen im ÖPNV kündigt die Mainzer Mobilität an. In der Zeit von jeweils circa 23.45 bis 4 Uhr nachts würden zwischen Hechtsheim und Hauptbahnhof Busse statt Straßenbahnen fahren.

Die Straßenbahnen der Linie 50 würden von Finthen kommend nur bis zum Hauptbahnhof und zurückfahren, während die Linie 52 den Abschnitt zwischen Bretzenheim und Hauptbahnhof bediene. Auf der Linie 53 werde lediglich eine Fahrt vom Lerchenberg bis zum Hauptbahnhof eingeschränkt. Für den Streckenabschnitt zwischen Hechtsheim/Bürgerhaus beziehungsweise Am Schinnergraben und dem Hauptbahnhof werden Ersatzbusse bereitgestellt, teilt die Mainzer Mobilität mit. Die Sonderfahrpläne sind auf [www.mainzer-mobilitaet.de](http://www.mainzer-mobilitaet.de) zu finden.

Mit dem Ausbauprojekt „Binger Straße“ werde eine direkte Straßenbahnverbindung vom Alieplatz bis zum Münsterplatz geschaffen. „Dieses Vorhaben wird nicht nur den Hauptbahnhof als zentralen ÖPNV-Knotenpunkt entlasten, sondern auch die Weichen für zukünftige Ausbauprojekte der Straßenbahn stellen“, heißt es in der Pressemitteilung der Mainzer Mobilität. Weitere Infos zum Projekt „M wie Zukunft“ und dem Ausbau der Binger Straße gibt es unter [www.m-wie-zukunft.de](http://www.m-wie-zukunft.de).

## Krimilecture mit Ingo Bartsch

MAINZ (chel). Der Mainzer Autor Ingo Bartsch ist am Mittwoch, 6. März, 18.30 Uhr, zu Gast in der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek, Rheinallee 3B, und liest aus seinem dritten Roman „Ein Mord – Drei Tote“. Es geht um eine tote Influencerin, mafiose Politik und Terrorismus. In seinem Krimidebüt wirft Ingo Bartsch mit abgründigem Humor Schlaglichter auf die Gesellschaft von heute, die geprägt ist von der Scheinwelt der Influencer, Querdenkern, Homophobie und rechtsradikalen Tendenzen. Der Autor entfaltet einen gesellschaftspolitisch relevanten Roman, der mit ungewöhnlichem Personal und eigenwilliger Sprache überzeugt. Zudem liest Bartsch kurze, zum Teil unveröffentlichte Texte vor. Der Eintritt ist frei, Spenden sind willkommen.

## Zum Thema „Reichsenden“

MAINZ (amj). Das Stadthistorische Museum Mainz lädt zu einer Veranstaltung für Donnerstag, 7. März, 19 Uhr, unter dem Titel „Zweimal Frankreich und zurück: Ein studentisches Projekt zu den ‚Reichsenden‘ 1798 und 1918 in Mainz“ ein. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Historischen Seminar der Johannes Gutenberg-Universität im Stadthistorischen Museum, Zitadelle Bau D, statt. Dabei präsentieren Prof. Bettina Braun, Dr. Andreas Linsenmann und Studierende eine virtuelle Ausstellung.

BLAULICHT

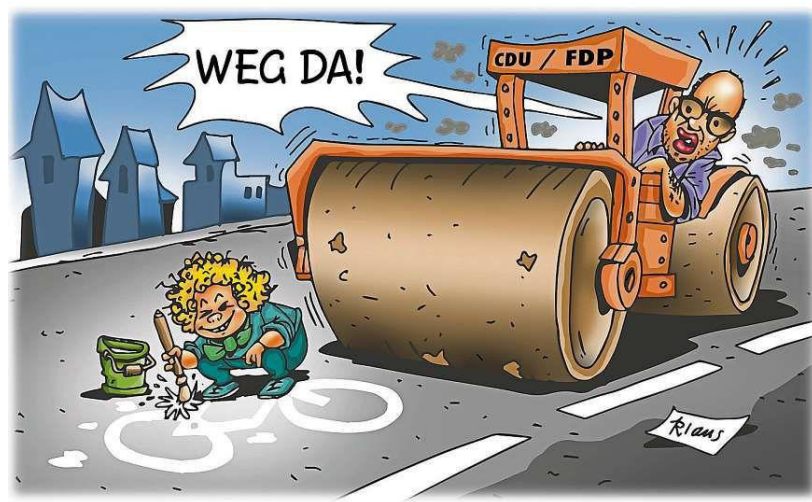
## Mit Haschisch und SS-Runen

MAINZ/RÜSSELSEHEIM (eas). Die Kontrolle einer 25-jährigen Frau im Mainzer Hauptbahnhof am Donnerstag hat die Polizei zu ihrem mutmaßlichen Dealer in Rüsselsheim geführt. Auf der Zwischenebene des Hauptbahnhofs hatten die Beamten der Bundespolizei bei der Frau einen starken Geruch von Marihuana wahrgenommen, wie die Polizei am Freitag berichtete. Die Verdächtige wurde von den Bundespolizisten durchsucht. Dabei fanden die Beamten einen Joint und circa 100 Gramm Haschisch in der Jackentasche. Das Haschisch war in Plastikfolie verpackt, auf der sich ein Sticker mit SS-Runen befand.

Die Überprüfung der Personalien der 25-Jährigen ergab, dass sie von der Staatsanwaltschaft Mainz wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz gesucht wird, teilt die Polizei mit. Die Frau habe in der Vernehmung konkrete Angaben über den Kauf des Betäubungsmittels gemacht und den Beamten einen Chatverlauf

zwischen ihr und dem Verkäufer vorgelegt. Das Amtsgericht Mainz erließ ein Durchsuchungsbeschluss für die Wohnung der 25-Jährigen, informiert die Polizei weiter. Bei der Durchsuchung wurden circa 50 Gramm Haschisch aufgefunden und beschlagnahmt. Die Ermittlungen ergaben, dass es sich bei dem Verkäufer um einen 27-Jährigen mit Wohnsitz in Rüsselsheim handelt. Für die Wohnung des Mannes wurde ein Durchsuchungsbeschluss vom Amtsgericht Darmstadt erlassen. Bei der Wohnungsdurchsuchung durch die Kripo Darmstadt wurden ein Gramm Haschisch und ein Smartphone gefunden und sichergestellt, so die Polizei.

Gegen die Frau und den Mann sind Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz eingeleitet worden, so die Polizei. Zusätzlich wurde gegen die 25-jährige Deutsche ein Strafverfahren wegen der Verwendung von verfassungswidrigen Symbolen eingeleitet.



## Weg mit den Fahrrad-Piktogrammen?

Die Diskussion um die Fahrrad-Piktogramme erhitzt die Gemüter. Bekanntlich hatte der Landesbetrieb Mobilität (LBM) die Stadt Koblenz aufgefordert, die Piktogramme von den Straßen zu entfernen. Seitdem stellt sich auch in der Landeshauptstadt diese Frage. Seine Aufforderung begründete der LBM unter anderem damit, dass die Symbole nicht in der Straßenverkehrsordnung eingetragen seien. CDU und FDP forderten deshalb die um-

gehende Entfernung – die CDU sogar den Rücktritt von Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), sollte diese nicht handeln. Steinkrüger erklärte für die Stadt, „auch weiterhin mit den Piktogrammen arbeiten zu wollen. Zuspruch erhält sie vom Mainzer Radforum, MainzZero und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub Mainz-Bingen. Auch unser Karikatürist hat sich so seine Gedanken gemacht.“

Karikatur: Klaus Wlinski